



## Antrag

Fraktionen CDU und SPD

### Sachsen-Anhalt digital

Der Landtag wolle beschließen:

1. Größere Bürgernähe von Politik und Verwaltung wird immer stärker durch die effiziente Nutzung moderner digitaler Kommunikation und elektronischer Vernetzung unterstützt. Der Dialog zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Politik und Verwaltung wird dadurch einfacher. Es entstehen zusätzliche Herausforderungen für die Politik, diesen Dialog zu steuern und immer wieder neu zu beleben. Neue gesellschaftliche Entwicklungen und der demografische Wandel können so unter Zuhilfenahme moderner Kommunikationstechnologien aufgegriffen und diskutiert werden. Der Landtag bekennt sich ausdrücklich zu einem sorgfältig geplanten und landesspezifischen E-Government-Ansatz im Rahmen eines gemeinsamen Vorgehens von Bund, Ländern und Kommunen. Wo geeignet, sind länderübergreifende Kooperationen einzugehen. Er unterstützt hierbei die Einbindung bestehender Kompetenzen der regionalen Wirtschaft sowie eine Beteiligung wertschöpfungsstarker regionaler Unternehmen mit hochqualifizierten Arbeitsplätzen in Sachsen-Anhalt.
2. In Umsetzung einer umfassenden E-Government-Strategie sieht der Landtag die Notwendigkeit, auch die Kommunikationsprozesse zwischen Landtag und Landesregierung effizient und unter Ausnutzung zeitgemäßen IKT-Einsatzes auszugestalten. Insbesondere die Möglichkeiten eines modernen Dokumentenmanagementsystems sollten dabei alle Phasen und somit die konkreten Anforderungen der parlamentarischen Arbeit berücksichtigen. Ausdrücklich soll auch das Zusammenwirken zwischen Fraktionen und Ministerien sowie Staatskanzlei einbezogen werden. In der gebotenen Form sind dabei auch die Aspekte einer transparenten politischen Willensbildung im Sinne eines Open Government zu bedenken.
3. Die Landesregierung wird daher gebeten, dem Landtag über den Stand der Planung und Umsetzung eines ganzheitlichen E-Government bis zum 30. Dezember 2012 ein erstes Konzept vorzulegen, das folgende Schwerpunkte beinhaltet:
  - a) Den Entwurf einer E-Government-Strategie für die gesamte Legislaturperiode, die mit den laufenden Aktivitäten zur Modernisierung der Informations-

(Ausgegeben am 04.07.2012)

technik der Landesverwaltung und dem Struktur- und Aufgabenwandel der öffentlichen Verwaltung abgestimmt ist. Im Besonderen dazu zählt:

- der Stand der Umsetzung der E-Government-Maßnahmen in 2011 und 2012 inklusive der eingesetzten Mittel,
  - ein E-Government-Maßnahmeplan für 2013 mit den geplanten Meilensteinen und Haushaltsmitteln,
  - die Koordinierung von Vorgaben der Nationalen E-Government-Strategie und den Aktivitäten der Landesregierung,
  - die Organisation der Kooperation zwischen den Kommunen und dem Land mit einem langfristigen Strategieansatz für die nächsten fünf Jahre, um den spezifischen Herausforderungen in Sachsen-Anhalt wie dem demografischen Wandel und der Einbeziehung des ländlichen Raumes gerecht zu werden,
  - die Strategie zur Bereitstellung öffentlich verwendbarer Daten (Open-Data-Strategie) als Grundlage weiterer E-Government-Dienste.
- b) Ein Realisierungsvorschlag für die unter Ziffer 2 beschriebene Infrastruktur mit der Darstellung der dazu evtl. erforderlichen Prozessanpassungen.
- c) Einen Maßnahmeplan über die mit den E-Government-Aktivitäten abgeglichenen Ansätze zur Lösung der infrastrukturellen Herausforderungen bzw. Anforderungen im Land Sachsen-Anhalt (Breitband, Landesdatennetz).
- d) Kooperationsmodelle der Einbeziehung der IT-Wirtschaft zur Stärkung des IT-Standortes Sachsen-Anhalt unter Nutzung der bestehenden Potentiale der IKT als Schlüsseltechnologie für Forschung und Innovation.
- e) Eine Einschätzung der datenschutzrechtlichen Anforderungen an ein E-Government-Verfahren.

## **Begründung**

E-Government und digitale Verwaltung sind Konzepte, die es ermöglichen, den Wunsch nach einer schlankeren und effizienteren Verwaltung sowie nach mehr Transparenz und größerer Bürgernähe zur Realität werden zu lassen. Allerdings ist die Umsetzung dieses Vorhabens nur im Rahmen eines gemeinsamen Vorgehens von Bund, Ländern und Kommunen und unter Berücksichtigung insbesondere datenschutzrechtlicher Hintergründe zu leisten.

Eine ganzheitliche E-Government-Strategie ermöglicht Effizienzsteigerungen und Kostensenkungen durch transparente Leistungsangebote und eine effiziente Bearbeitung von Verwaltungsdienstleistungen. Sie geht einher mit verbesserten und transparenteren Angeboten für Bürger und Unternehmen. Durch die gleichberechtigte Nutzung unterschiedlicher Interaktionskanäle wie Telefon oder Internet können

Verwaltungsleistungen auch in dünn besiedelten Gebieten bzw. in interkommunaler Kooperation verschiedener Verwaltungseinheiten erbracht werden. Dieses Vorgehen greift auch Probleme des demografischen Wandels und die damit zusammenhängende Konzentrationsprozesse auf.

Bereits im Jahr 2000 hat der Bund E-Government zu einer zentralen Regierungsaufgabe gemacht und mit der Initiative BundOnline 2005 ins Netz gebracht. Im Jahr 2006 wurde das Projekt E-Government 2.0 beschlossen, um alle Ressorts, Bundesbehörden und einige Länder zu beteiligen. Die Bundesregierung hat zu diesem Thema ein Regierungsprogramm „Vernetzte und transparente Verwaltung“ verabschiedet. Im September 2010 wurde durch den IT-Planungsrat die nationale E-Government-Strategie beschlossen und damit erstmalig ein gemeinsames Vorgehen von Bund, Ländern und Kommunen zur optimierten elektronischen Abwicklung von Verwaltungsangelegenheiten ins Leben gerufen.

Sachsen-Anhalt hat bereits mit Landesmitteln wichtige und maßgebliche Basisinfrastrukturen geschaffen und teilweise landesübergreifende Kooperationen etabliert und gefestigt. Die hier generierten - auch außerhalb des Landes Sachsen-Anhalt anerkannten und genutzten - Mehrwerte und Erfahrungen bilden die Basis zum weiteren Ausbau der E-Government-Infrastruktur.

Die Fraktionen der Regierungskoalition teilen die Einschätzungen der Bundesregierung und sehen große Chancen in einer klugen E-Government-Strategie für Sachsen-Anhalt. Eine moderne, schlanke und leistungsfähige Verwaltung wird auch einen wichtigen Beitrag zur Konsolidierung des Haushalts leisten können.

André Schröder  
Fraktionsvorsitzender CDU

Katrin Budde  
Fraktionsvorsitzende SPD